Helix
Reform-Seife
mit dem
Luftdruck-Halter
ist für den täglichen
Gebrauch
das Beste.
1 Carton à 3 St. 75 Pf.
Halter 40 Pf.
Ersatz f. Seifen-Näpfe.

Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

42. Jahrgang.

Telegr.-Adresse:
Nachrichten, Dresden.

Helix
Reform-Seife
mit dem
Luftdruck-Halter
ist für den täglichen
Gebrauch
das Beste.
1 Carton à 3 St. 75 Pf.
Halter 40 Pf.
Ersatz f. Seifen-Näpfe.

Modernste Wiener
Corsets
aus dem berühmten Mieder-Atelier „Palerma" in Wien
Heinrich Planl,
Hoflieferant
Wallstr. 25.

Reise-Artikel
als: **Reisetaschen, Reise-Necessaires, Apotheken, Besteck-Etuis, Plaidhüllen** etc.
empfiehlt in reichster Auswahl
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3.

WEIN-Handlung
-Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath
Wallstr. 8

Photographie von **Hahn**'s Nachf.
Specialitäten: **Kinder- und Gruppen-Aufnahmen,** Visitkarten-Photographien 12 St. 6 M., lebensgrosse Brustbilder in Oel oder Pastell von 100 Mk. an in anerkannt künstlerisch. Ausführung.
Jetzt: Waisenhausstrasse 16,
gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 4585.

Nr. 235. **Spiegel:** Die Deutschen und die Ausgleichskonferenz. Ankunft des Königs von Siam. Gesammtrathssitzung. Hochwasserschäden. Festvorstellung im Opernhaus. Figaro's Hochzeit. | Muthmaßliche Witterung: Ueberwiegend heiter. | **Mittwoch, 25. August 1897.**

Politisches.

Der dröhnende Taktschritt der czechischen Gendarmen, die in Asch mit gefälltem Bajonett die deutsche Menge zurücktrieben, hat ein schlechtes Echo in denjenigen deutschen Kreisen erweckt, die bisher noch einer Beschickung der von dem Grafen Badeni nach Wien berufenen Ausgleichskonferenz geneigt waren. Die nächste Folge der Vorgänge in Asch ist gewesen, daß nicht nur die deutschbürgerlichen Abgeordneten einmüthig ihre Theilnahme an der Konferenz abgelehnt haben, sondern daß auch der verfassungstreue deutsche Großgrundbesitz der Konferenz fern bleibt.

Die Ausgleichskonferenz sollte die deutsch-böhmischen Sprachen- und Nationalitätsverhältnisse durch gemeinsame Aussprache zwischen den Deutschen, Czechen und Klerikalen zur Regelung bringen. Sie würde also, selbst wenn sie von Erfolg begleitet wäre, immer noch keinen allgemein befriedigenden Zustand herbeiführen, da dieser nur auf dem Wege eines für die ganze Monarchie giltigen, verfassungsmäßig garantirten Nationalitätengesetzes zu erzielen ist. Immerhin würde sie aber im Falle eines günstigen Verlaufs das Gute haben, daß sie den augenblicklich wundesten Punkt des staatlichen Gesammtorganismus zur Vernarbung brächte und dadurch den weiteren Heilungsprozeß auch für die übrigen schwärenden Stellen förderte. Diese Erwägung ist es auch offenbar gewesen, die den deutschen Großgrundbesitz im Widerspruch mit seiner jetzigen Haltung bewog, in seiner im Juli dieses Jahres erlassenen Kundgebung gegen die Badeni'schen Sprachenverordnungen nicht den deutschen Intransigenten beizutreten, die jedwede Art von Verhandlungen grundsätzlich ablehnen, bevor nicht die beanstandeten Sprachenverordnungen bedingungslos aufgehoben und das vorherige Verhältniß wieder hergestellt ist, sondern sich für die Betheiligung an Ausgleichsberathungen zu erklären, sofern bei diesen allen Interessenten eine gleichmäßige Vertretung gesichert sei. Trotz dieses formellen Entgegenkommens konnte aber von vornherein nach der scharfen und unzweideutigen Sprache, die in der gedachten Auslassung geführt wurde, keinem Zweifel unterliegen, daß auch der Großgrundbesitz in der Sache selbst unnachsichtig auf dem Schein der unveräußerlichen deutschen Rechte bestehen würde. Es dürfte daher von Werth sein, gerade jetzt, angesichts der Wiener Konferenz, auf der sich nur Czechen zusammenfinden, diejenigen Forderungen zu präcisiren, von denen das böhmische Deutschthum, ohne sich selbst aufzugeben, unter keinen Umständen abgehen kann. Es sind dies ein dem Landtage vorzulegendes Kuriengesetz und die Anerkennung des dreitheiligen Sprachengebiets in Böhmen.

Das Kuriengesetz soll die Deutschen vor der Majorisirung durch die Czechen im Landtage schützen. Die österreichischen Landtage setzen sich durchgehends aus drei Kurien zusammen, in deren je einer die Großgrundbesitzer, die ländlichen und die städtischen Abgeordneten vereinigt sind. Im böhmischen Landtage hatte auf Grund dieser Kurialtheilung früher das Verhältniß bestanden, daß in der Kurie der Großgrundbesitzer und der städtischen Abgeordneten die Deutschen über die Mehrheit verfügten, während in der Kurie der ländlichen Abgeordneten eine czechische Mehrheit vorhanden war. Allmählich verschob sich aber die Lage so sehr zum Nachtheil der Deutschen, daß heute die Czechen in allen drei Kurien die Mehrheit haben. Was das heißen will, ersieht man aus dem Umstande, daß zahlreiche wichtige Wahlen (so für sämmtliche Ausschüsse und zur Besetzung vieler Landesämter) kurienweise erfolgen, d. h., jede Kurie wählt ihre Vertreter innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs selbst. Führen also bei den Großgrundbesitzern sowohl wie bei den städtischen und ländlichen Abgeordneten die Czechen das unbestrittene Regiment, so ist es klar, daß bei dem heutigen blinden nationalen Hasse, der ausschließlich für ihre Haltung maßgebend ist, kein Deutscher jemals hoffen darf, mittelst einer kurienweise erfolgten Abstimmung gewählt zu werden. Deshalb verlangen die Deutschen eine gesetzliche Ordnung der Kurienverfassung in dem Sinne, daß künftig an die Stelle der städtischen und ländlichen Abgeordneten eine Kurie der deutschen und eine solche der czechischen Abgeordneten treten soll, während die Kurie des Großgrundbesitzes unverändert fortzubestehen hätte. Außerdem wünschen die Deutschen eine Erweiterung der Kurialabstimmung, so zwar, daß in Sprachenfragen der Landtag nicht, wie bisher, mit absoluter Mehrheit, sondern kurienweise entscheiden soll. In einem solchen Falle hätte jede Kurie zunächst für sich auf Grund der absoluten Mehrheit abzustimmen, dann aber für das so gewonnene Resultat bei der Gesammtabstimmung des Hauses nur eine Stimme in die Waagschale zu werfen. Die Deutschen lassen sich dabei von der Hoffnung leiten, daß die czechische Mehrheit der Kurie des Großgrundbesitzes auf dem sprachlichen Gebiete eher zu einiger Nachgiebigkeit bereit sein werde, als wenn es sich um Wahlen zu Ausschüssen und Landesämtern handle. Wenn diese Voraussetzung zutrifft, so würde allerdings die deutsche Kurie in Verbindung mit derjenigen des Großgrundbesitzes unter Umständen einem Vorstoß des nationalen Radikalismus seitens der czechischen Kurie erfolgreichen Widerstand zu leisten vermögen. Das weitere deutsche Verlangen nach Anerkennung des dreitheiligen Sprachengebiets ist an dieser Stelle bereits früher erörtert worden.

Wie stellt sich nun die Wiener Regierung zu den vorgedachten beiden grundlegenden Forderungen der Deutschen? Man kann nicht sagen, daß sie sich gerade grundsätzlich ablehnend verhielte. Bezüglich des Kuriengesetzes war das auch um so weniger zu erwarten, als ein solches in einer den deutschen Wünschen entsprechenden Gestalt bereits seit Jahren von Wien aus verheißen und auch von dem Grafen Badeni schon früher mittelst platonischer Zusicherungen in Aussicht gestellt worden ist. Die Anerkennung des dreitheiligen Sprachengebiets ist dagegen ein Zugeständniß, zu dem, wie kürzlich offiziös erklärt wurde, Graf Badeni sich erst nach schweren Kämpfen entschlossen habe. Begreift man schon nicht recht, warum eine einfache That der ausgleichenden Gerechtigkeit an maßgebender Stelle so heftige Seelenschmerzen hervorrufen kann, so muß man vollends an dem praktischen Werthe des durch die schließliche Selbstüberwindung gebrachten Opfers zweifeln, wenn man vernimmt, wie sich Graf Badeni die Erfüllung der in Rede stehenden deutschen Forderung ausmalt. Damit, daß in den gemischtsprachigen Bezirken die jetzigen Sprachenverordnungen weiter bestehen sollen und daß in dem rein czechischen Gebiet unter allen erdenklichen Umständen nur czechisch amtirt werden soll, ist der Ministerpräsident zwar ohne Widerrede einverstanden. Folgerichtig müßte also auch im rein deutschen Sprachengebiet ausschließlich deutsch amtirt werden. Auf dieser Klippe fährt aber das Ausgleichsschifflein des Ministerpräsidenten gleich beim Auslaufen fest. Graf Badeni meint nämlich, czechische Eingaben würden im rein deutschen Sprachengebiet czechisch erledigt werden müssen. Mit Verlaub! Dürfen sich dann die Deutschen wohl die Frage gestatten, warum in aller Welt nicht auch deutsche Eingaben im rein czechischen Sprachengebiet deutsch erledigt werden sollen? Eine befriedigende Antwort auf diese Frage zu finden, dürfte den Wiener Herren Geheimräthen, die die Sprachenverordnungen ausgeheckt haben, trotz ihres Scharfsinns wohl kaum gelingen.

Die Halbheit des Entgegenkommens, die die Wiener Regierung in der Frage des dreitheiligen Sprachengebiets bekundete, konnte nicht dazu dienen, die Erwartung zu verstärken, daß sie mit Hilfe des Kuriengesetzes, über dessen Einzelheiten einstweilen noch keine offiziösen Andeutungen ergangen sind, Licht und Schatten vollkommen gleichmäßig zwischen Deutschen und Czechen zu vertheilen entschlossen sei. Angesichts dieser Sachlage haben sich, zugleich unter dem Eindruck der jüngsten Vorgänge in Asch, auch der Mitglieder des deutschen Großgrundbesitzes recht gemischte Gefühle gegenüber der Badeni'schen Ausgleichskonferenz bemächtigt, die in dem Eingangs mitgetheilten Entschluß zum Ausdruck gekommen sind. Die veränderte Stellungnahme des deutschen Großgrundbesitzes läßt auf eine erhebliche Verschärfung der Stimmung auch in den deutsch-aristokratischen Kreisen Böhmens schließen. Offenbar hat zu dieser Entwickelung der Umstand beigetragen, daß die Regierung die Warnung des Großgrundbesitzes vor erbitternden und gesetzlich anfechtbaren Zwangs- und Unterdrückungsmaßregeln, die in der vorerwähnten Kundgebung unmittelbar nach dem Volkstage in Eger enthalten war, unbeachtet gelassen hat. Es ist also wiederum eine Folge seiner verkehrten Politik, wenn der Graf Badeni sich jetzt auf seiner Ausgleichskonferenz mit den Czechen und den Feudal-Klerikalen in der nach englischem Muster berühmt gewordenen „splendid isolation" befindet. Die Dinge stehen wieder genau auf dem alten Fleck und der katholisch-slavische Prinz Friedrich „Swarzenberk" darf sich weiter als Triumphator geberden.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 24. August.

Berlin. Nach den im kaiserlichen statistischen Amt zusammengestellten Nachrichten über den Saatenstand im Deutschen Reiche Mitte August d. J. sind folgende Noten ermittelt: Winterweizen 2,5, Sommerweizen 2,7, Sommerspelz 2,7, Winterroggen 2,7, Sommerroggen 2,8, Gerste 2,8, Hafer 2,9, Kartoffeln 2,5, Klee 2,6 und Wiesen 2,5. Speziell für das Königreich Sachsen stellen sich die Noten wie folgt: Winterweizen 1,9, Sommerweizen 2,3, Winterroggen 2,1, Sommerroggen 2,3, Gerste 2,3, Hafer 2,5, Kartoffeln 2,3, Klee (auch Luzern) 2,1, Wiesen 2,2. Im Allgemeinen wird dazu bemerkt, nach dem für die Gesammtheit des Deutschen Reiches berechneten Saatenstandsnoten verschlechterten sich in der Berichtsperiode von Mitte Juli bis Mitte August die Ernteaussichten fast aller Distrikte und Kulturen, über die zu berichten ist, nur die Kartoffeln und der Hafer zeigen eine leichte Besserung gegenüber den Juniberichten. Der Vergleich mit den entsprechenden Noten des Vorjahres ergiebt, daß die Aussichten der Kartoffeln und des Klees etwas günstiger, die der Wiesen, des Sommerroggens und der Gerste gleichgünstig, die der übrigen Früchte jetzt ungünstiger beurtheilt werden, als im Vorjahre, immerhin sind die Ernteaussichten bei allen Früchten aber noch über durchschnittlich.

Berlin. Der Pariser „Figaro" hatte kürzlich dem deutschen Kaiser eine abfällige Aeußerung über die Haltung der italienischen Truppen in der Schlacht bei Adua in den Mund gelegt. In der Nummer von vorgestern nimmt das Pariser Blatt nochmals auf diese angebliche Aeußerung wie auf etwas allgemein Bekanntes Bezug. Die „Nordd. Allg. Ztg." ist ermächtigt, diese Angaben des „Figaro" als jeder Begründung entbehrend zu bezeichnen. — Die englische Presse hat die neueste Schwenkung der britischen Diplomatie in den Friedensverhandlungen am Goldenen Horn zum Anlaß genommen, um vor der öffentlichen Meinung Europas Deutschland als diejenige Macht hinzustellen, die durch ihre Haltung in der griechischen Finanzfrage die Unterzeichnung des Präliminarfriedens planmäßig verzögere. Die „Nordd. Allg. Ztg." tritt dem entgegen und fährt fort: „Dem deutschen Publikum sind die Gründe für die Haltung des Berliner Kabinets genugsam dargelegt und von der deutschen öffentlichen Meinung einmüthig gebilligt worden. In dem Augenblicke, wo Griechenland vor der Nothwendigkeit steht, sein Schuldenkonto um den Betrag der von den Großmächten, immer mit Einschluß Englands, der Pforte zugebilligten Kriegsentschädigung zu vermehren, erfüllt die deutsche Regierung eine unabweisliche Pflicht, wenn sie nichts unversucht läßt, um die älteren Gläubiger des bankbrüchigen Staates ohne Unterschied der Nationalität gegen eine weitere Verkürzung ihrer ohnehin sehr beeinträchtigten Ansprüche durch internationale Maßnahmen zu schützen. — Zu der Nachricht, das preußische Staatsministerium habe 500,000 M. für die Ueberschwemmten in Schlesien bewilligt, wird offiziös bemerkt, daß es sich hierbei nur um die Bereitstellung von Mitteln gehandelt habe, welche zur Abwendung dringender, insbesondere auch sanitärer Gefahren schleunigst gebraucht werden. Daß der Staat damit seine Aufgabe nicht als erfüllt ansehe, dürfte selbstverständlich sein. — Der dem Kriminalkommissar v. Tausch gewährte Urlaub ist auf Grund ärztlicher Atteste nur unter der Bedingung verlängert worden, daß Herr v. Tausch diesen Urlaub unterbricht, sobald seine Vernehmung in der gegen ihn schwebenden Disziplinaruntersuchung erforderlich sein wird. Bis jetzt hat eine solche Vernehmung nicht stattfinden können, weil die dazu unentbehrlichen, bei dem Reichsgericht befindlichen Gerichtsakten der die Untersuchung führenden Behörde noch nicht zugängig sind. — Die „Rhein.-Westfäl. Ztg." theilt nach einer an zuständiger Stelle eingezogenen Erkundigung über die in der Wiener „N. Fr. Presse" veröffentlichten Auslassungen des Fürsten Bismarck über die Konservativen mit, daß Fürst Bismarck seine Ansicht über das Verhalten der konservativen Partei seit seiner Amtsentlassung in Tischgesprächen geäußert, aber nicht auf die heutige Partei übertragen habe. Er sei durch den Artikel des Wiener Blattes überrascht worden und seinerseits an der Veröffentlichung nicht betheiligt. — Die diesjährige Herbstparade vor dem Kaiser und dem König von Siam findet am 28. ds. Mts. auf dem Tempelhofer Felde statt. — Die Eisenbahn-Brigade ist heute früh nach Zilla bei Torgau ausgerückt, um von dort nach Magdeburg eine Vollbahn zu bauen.

Kattowitz. Heute früh gerieth in der Kleophasgrube die Zimmerung im Querschlage der 162 Meter-Sohle zwischen dem Frankenberge und dem Rekenschacht in Brand. Das Feuer wurde rechtzeitig bemerkt und zunächst die Verbindung nach dem Waltherschacht abgestellt. Die tiefer arbeitenden Bergleute konnten an das Tageslicht befördert werden. Verschiedene Grubenfeuerwehren konnten wegen der großen Rauchentwickelung nichts ausrichten. Soweit bis jetzt festgestellt ist, ist kein Menschenverlust zu beklagen.

Kassel. Das Kaiserpaar wohnte heute Vormittag bei Calden einer Felddienstübung der Kavallerie bei und reist morgen früh mit den kaiserlichen Kindern nach Magdeburg ab.

Straßburg. Die 26. Hauptversammlung des Deutschen Apothekervereins wurde vom Unterstaatssekretär v. Schraut, Vertretern der Medizinalverwaltung u. s. w. begrüßt. Es wurde beschlossen, die Reichsregierung um eine Beschleunigung der seit Jahren seitens der Apotheker gewünschten Ausbildungsreform von Neuem zu bitten, sofern nicht im Anschluß an die nächstjährigen Verhandlungen des preußischen Apotheker-Rathes die Angelegenheit ihre Erledigung fände. Abgelehnt wurde der Antrag des Kreises Oberhessen: „Den Frauen ist der Zutritt zum Apothekerfach zu gestatten, sofern sie die gesetzlich vorgeschriebene wissenschaftliche Vorbildung besitzen und im Einzelfalle auch körperlich befähigt erscheinen."

Wien. Wie aus Athen gemeldet wird, macht sich, je mehr an Griechenland die Nothwendigkeit herantritt, für Zahlung der Kriegsentschädigung Geld zu schaffen, eine starke Gährung gegen die Dynastie des jetzigen Königs geltend. Es wurde allgemein erwartet, daß er aus seiner Privatschatulle einige Millionen für das Vaterland opfern würde, und man ist nun erregt, daß er den bezüglichen direkten Aufforderungen dazu durch die Presse bisher nicht gefolgt ist.

Pest. Die Streikbewegung hat hier eine große Ausdehnung angenommen. Es streiken zur Zeit etwa 20,000 Maurer. Gestern kam es zu blutigen Zusammenstößen, wobei Arbeiter und Polizeileute verwundet wurden. Die Polizei konstatirt in einem Berichte, daß im Ganzen 410 Verhaftungen vorgenommen wurden. Zwölf Polizisten wurden verwundet. Es ist eine Bewegung im Zuge, den Streik auf sämmtliche Bauarbeiter auszudehnen.

Paris. Das Urtheil im Bazarbrand-Prozeß ist heute gesprochen worden. Baron Mackau wurde zu 500 Frcs. Geldstrafe, Bailhac zu 1jähriger Gefängnißstrafe und 300 Frcs., Bagratschow zu 8 Monaten Gefängniß verurtheilt. Allen drei Angeklagten wurde die Anweisung des Paragraphen Beranger zugebilligt, welcher die unmittelbare Strafwirkung aufhebt. Die Verkündung des Urtheils wurde von dem zahlreichen Publikum mit Murren aufgenommen.

Paris. Aus Petersburg wird gemeldet, daß Prinz Louis Napoleon, Regimentskommandeur in russischen Diensten, dem Präsidenten Faure vorgestellt wurde; letzterer unterhielt sich bei dem Galadiner längere Zeit mit dem Prinzen.

Zürich. Der Internationale Arbeiterschutzkongreß nahm mit 132 gegen 35 Stimmen die Thesen über die Arbeit von Kindern und jungen Leuten an. Dieselben besagen: Körperliche Arbeit von Kindern bis zu und mit 15 Jahren sei zu untersagen; bis zum 15. Jahre sei der Schulbesuch obligatorisch. Junge Leute und Lehrlinge von 15—18 Jahren dürfen nicht länger als 8 Stunden täglich beschäftigt werden, mit einer Pause von 1½ Stunden nach 4stündiger Arbeitszeit. Die für den Besuch der Fortbildungsschule erforderliche Zeit sei in diese Arbeitszeit einzubegreifen. Jungen Leuten und Lehrlingen sei die produktive Arbeit an Sonn- und Feiertagen ohne Ausnahme zu verbieten.

London. Offiziellen Depeschen zufolge haben die englischen Truppen im Distrikt Peschawur zwei Forts räumen müssen. Eine Batterie Feld-Artillerie fuhr im Eingange des Khaiber-Passes auf und eröffnete das Feuer auf 3200 Meter Entfernung, worauf sich der Feind sofort zurückzog. Die Afridis haben gestern Abend das Fort Maude eingenommen und niedergebrannt. Die aus Eingeborenen und irregulären Truppen zusammengesetzte Garnison zog sich mit einem Verluste von 3 Mann zurück.

London. Die „Times" erfährt aus Konstantinopel, die Botschafter glauben und besitzen anscheinend auch deutlich dahingehende Informationen, daß die Ottomanbank die ganze Kriegsentschädigung beschaffen würde, wenn die Kontrole der griechischen Finanzen gesichert würde. — Eine der hiesigen chilenischen Gesandtschaft aus San Jago von heute zugegangene Depesche besagt, daß die Gesammtausfuhr von Salpeter im Laufe des Jahres nicht geringer gewesen sei, als veranschlagt war. Die Abnahme der Salpeter-Ausfuhr während der ersten 6 Monate in diesem Jahre sei nunmehr ausgeglichen. Es seien keine neuen Anleihen geplant. Die Konversion sei durchaus gesichert.

Petersburg. Bei dem gestrigen Galadiner spielte das Orchester nach dem Trinkspruch des Kaisers die Marseillaise und nach dem Trinkspruch Faure's die russische Nationalhymne. Heute Mittag kurz vor 12 Uhr traf Präsident Faure auf der russischen Kaiser-Yacht „Alexandra" in Begleitung des Ministers des Aeuße-

Friedrich & Glöckner
[...] streichfertige Oelfarben, Lacke, Firnisse, Fussboden-Schnell-trocken-Farben.
[...]str. 15, Schäferstr. 12, Bautznerstr. 27b, Pieschen und Löbtau.